

GEMEINSAMER ANTRAG

der Fraktionen von CDU, Freie Wähler, GRÜNE und FDP

Kreistag Zollernalbkreis – Verwaltungs- und Finanzausschuss 24.11.2025

TOP 3: Zentralisierungsstrategie Verwaltung

Antrag:

Wir beantragen in Abweichung vom Beschlussvorschlag der Verwaltung zu beschließen:

1. Der Verwaltungs- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag, der vorliegenden Zentralisierungsstrategie unter Ziffer III der KT-Drucksache-Nr. 36/2025 für die Mittelbereiche Albstadt und Hechingen zuzustimmen.

Die angestrebte Zentralisierung der Verwaltung auf möglichst wenige Bürogebäude wird insgesamt begrüßt.

2. Der Verwaltungs- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Verwaltung zu beauftragen, eine externe Fachfirma mit einer Machbarkeitsstudie für einen Verwaltungsanbau bzw. -neubau in unmittelbarer Nähe des Hauptgebäudes in der Hirschbergstraße zu beauftragen mit dem Ziel, unter Verzicht auf eine Sanierung des Postgebäudes (Robert-Wahl-Straße) und auf die Einbeziehung von Teilen des Hauptgebäudes des Klinikstandorts Balingen (Tübinger Straße) die Verwaltung in Balingen auf zwei, max. drei (- bei Einbeziehung des Arbeitsamts -) Gebäude zu konzentrieren. Die externe Firma soll auf Stundenhonorarbasis beauftragt werden.

Die Entscheidung über die Beauftragung einer Entwurfsplanung für das Verwaltungsgebäude Robert-Wahl-Straße (altes Postgebäude) wird bis zum Vorliegen der Machbarkeitsstudie und deren Prüfung zurückgestellt.

Begründung:

Die Zusammenführung der Verwaltung auf wenige, im Eigentum des Kreises stehende, energetisch heutigen Anforderungen entsprechende Gebäude ist für eine effektive Verwaltung, für attraktive Arbeitsplätze für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und aus finanziellen Gründen ein notwendiges Ziel.

Für den Mittelbereich Balingen bestehen Zweifel, ob die vorgeschlagene Lösung weitgehend genug ist. Die Zersplitterung auf vier räumlich Gebäude mit deutlichen Entfernungen bleibt bestehen. Der Kostenaufwand für die Sanierung des Postgebäudes erscheint für die Gewinnung von nur 50 zusätzlichen Arbeitsplätzen sehr hoch und risikobehaftet. Ein mutigerer Schritt in die Zukunft könnte vorzuziehen sein.

Daher ist für den Mittelbereich Balingen im Rahmen einer Machbarkeitsstudie zu prüfen, ob nicht eine deutlich bessere Lösung realisiert werden kann: Eine Konzentration der Verwaltung auf das Hauptgebäude mit einem angegliederten Neubau auf dem angrenzenden im Eigentum des Kreises stehenden Grundstück (Bismarckstraße) oder möglicherweise zu erwerbenden Grundstücken in unmittelbarer Nähe (Charlottenstraße). Auch kreative Lösungen wie zum Beispiel Aufstockung des Hauptgebäudes in Holzständerbauweise oder Überbauung der Parkplätze (unter deren Belassung im EG) und Gewinnung von Arbeitsplätzen im bestehenden Hauptgebäude im Rahmen dessen notwendigen energetischen Sanierung als Ergänzung zum Neubau/Anbau sollten geprüft werden.

Wir wollen:

- moderne, heutigen Arbeitsbedingungen entsprechende Verwaltungsräume an einem Standort konzentriert, die effektive Verwaltung ermöglichen
- die beste Lösung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- eine auch mittel- und langfristig unter Kostengesichtspunkten tragfähige Lösung

Ein Verwaltungsneubau – bzw. anbau könnte mitfinanziert werden durch Veräußerung des Grundstücks in der Robert-Wahl-Straße (Postgebäude) und des kompletten

Verkaufs des Hauptgebäudes des Klinikstandorts Balingen (ohne Rückhaltung von Teilen für Verwaltung). Das Grundstück Postgebäude wäre sehr attraktiv für eine verdichtete Wohnbebauung im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Balingen.

24.11.2025

Für die CDU-Fraktion

Frank Schrott
Fraktionsvorsitzender

Für die FWV-Fraktion

Ermilio Verrengia
Fraktionsvorsitzender

r

Für B'90/DieGrünen

Konrad Wiget
Fraktionsvorsitzender

Für die FDP-Fraktion

Dr. Dietmar Foth
Fraktionsvorsitzender